

England in China.

Peking und Hankau.

London, 2. Februar.

Die britische Gesandtschaft hat bei dem chinesischen Außenminister Protest eingelegt gegen die auf Veranlassung der Peking Regierung erfolgte Entlassung des Generalinspektors der chinesischen Seezölle Sir Francis Aglen.

London, 3. Februar.

Ein diplomatischer Mitarbeiter der Westminster Gazette spricht von der Möglichkeit, daß die britische Regierung die Verteidigungsstruppen nicht in Shanghai landen werde, falls die Kantonesen das britische Angebot annehmen und Garantien für Leben, Eigentum und die andern Rechte der Engländer geben. Wenn sie sie auch nicht für wahrscheinlich hält. Daily Express erwähnt eine unbestätigte amerikanische Meldung, daß die englischen Truppen vielleicht in Hongkong und Weihaiwei statt in Shanghai gelandet würden.

Die britischen Vorschläge an die Peking und Hankauer Regierung decken sich mit den Ausführungen Chamberlains in Birmingham, über die wir am Montag berichteten.

London, 2. Februar.

Der Außenminister der Kongressregierung hat an das gemeinsame China-Komitee der Arbeiterfraktion im Unterhaus und der britischen Gewerkschaften ein Telegramm geschickt, in dem er den Abbruch der Verhandlungen mit Großbritannien in Hankau begründet. In dieser Botschaft spricht Tschen die Hoffnung aus, die englische Arbeiterbewegung werde dabei helfen, die abenteuerlichen Elemente im Schoße

der britischen Regierung in Schanghai zu halten, und damit Verschleife der britischen Regierung zu verhindern, die sich dem chinesischen Volke tief einprägen und die Feindschaft gegen Großbritannien verewigen würden. Er stellt fest, daß seine Regierung bereit gewesen wäre, die britischen Vorschläge trotz ihres unbefriedigenden Charakters als Grundlage für ein Übereinkommen zu diskutieren. Ein solches Abkommen könne sofort herbeigeführt werden, sobald die Kriegsatmosphäre aufhöre, wie sie durch die Konzentration der mächtigen militärischen Streitkräfte geschaffen worden seien. Die chinesische Nationalregierung müsse das Ende einer Periode der Einschüchterung abwarten, ehe sie ein Abkommen unterzeichne. Es liege bei der britischen Regierung, diesem Zustand bald ein Ende zu bereiten.

Das britische Kabinett ist am Mittwoch zu einem Kabinettsrat zur Beratung der neuen Lage in China zusammengetreten. In offiziellen Kreisen wird aus dem durchsichtigen Wunsch, die verhängnisvolle Wirkung der Truppenabsetzung auf die diplomatische Situation zu verschleiern, die Parole ausgegeben, daß die Verhandlungen nicht abgebrochen sind, sondern lediglich die Unterzeichnung des Abkommens verzögert worden sei.

Macdonald und Snowden haben dieser Tage in Reden über China zwar die militärische Demarche in Schanghai verurteilt, jedoch der Birmingham-Rede Chamberlains reichlich mehr Achtung gezollt, als ihr zukommt. Darob hat es jetzt in Kreisen der englischen Arbeiterpartei einige Erregung gegeben.

New York, 3. Februar.

Reuter meldet: Die Militärbehörden haben einen Aufbruch an ehemalige Soldaten und besonders Rekruten erlassen, sich freiwillig zum Dienst in China bei den in Dienststationen amerikanischen Truppen zu melden. (Wozu wohl? Red.)

zollern seine Politik durchzuführen. Eine Zeitlang schwärmt er für die Republik und immer wieder, wenn er als Diener seines königlichen Herrn sitzt und befragt, daß er doch nur eine Art Gutsinspektor sei und nie sagen könne: „so wird's gemacht“, kommt er in späteren Jahren auf die Notwendigkeit der Parliamentsherrschaft und die Vorzüge der republikanischen Staatsform zurück. Als Greis bedauert er in Ansprachen an das Volk, daß er dem Parlament eine so schwache Stellung eingeräumt habe.

Bismarck, der Held der Wölfe und Nationalisten, ist Zeit seines Lebens ein Freund der Juden gewesen, mit denen er hauptsächlich verkehrt. Bleichröder besorgt seine Finanzgeschäfte. Rothschild benutzte er als Vermittler gegenüber dem dritten Napoleon. Eine Vermischung des Adels mit Jüdinnen gebe die beste Aussicht, sagt er einmal. Fürchterlich für völkische Ohren!

Als sich Bismarck wieder einmal dahin äußert, daß die Familie Hohenzollern nicht besser sei als die Bismarcks und daß er den Hohenzollern nur unter Zustimmung des Glaubens der Väter dienen könne, entfällt ihm der Satz: „Ich wäre dann schlimmer als Jacobin, den man sich schon gefallen lassen könnte als Präsident der Republik.“ Er würde in mancher Hinsicht verständiger sein und jedenfalls weniger kosten.

Im toten Jahr 48 bewaffnet Bismarck seine Bauern, um in Berlin den König zu befreien. Er droht mit Hochverratsanklage, als die Prinzessin Auguste mit dem liberalen Führer Vinde sich auf eine Regenischschaft ihres Sohnes einigen will. Auf seine Intervention wird aus der Dankesadresse der Ruhm der Barrikadenkämpfer gestrichen. Er unterzeichnet eine Auforderung an den preussischen König, die Kaiserkrone aus den Händen der Frankfurter Nationalversammlung entgegenzunehmen, was dieser befallig ablehnt.

So wird Bismarck schließlich preussischer Gesandter beim Bundesrat in Frankfurt, in Petersburg und Paris, um in der Zeit des Verfassungskongresses das Steueruder der preussischen Monarchie in die Hand zu nehmen.

Noch einmal reißt die Feudalklasse durch Bismarck die politische Initiative an sich, drängt das Bürgertum und die liberale Bewegung zurück, nimmt deren nationale Parole auf und verwickelt der preussischen Monarchie das Übergewicht, das erst der Zusammenbruch 1918 beseitigt hat.

Ein preussischer Alchist, zwingt Bismarck dem deutschen Volke mit Blut und Eisen die staatspolitischen Notwendigkeiten auf, die es zu einer gewissen nationalen Einigung braucht. Als ein Genie des politischen Instinkts, ausgerüstet mit allen Bildungselementen, als Meister der Diplomatie und mit einem angeborenen Herrschertalent, das freilich in einer Monarchie nur auf dem Umwege über das Dienen zur Geltung kommen kann, bringt Bismarck die Köpfe des eingetrockneten Legitimus ins Wackeln. Er hat keinerlei Hemmungen.

Wirst ihm heute ein bornierter Junker vor, daß er mit dem Utopisten Napoleon III. mehle, so antwortet er ihm, daß dem deutsche Volk „repräsentierte“, wie dieser Wicht witzig schrieb, auswärtigen Völkern dürfe man vor den revolutionären Mitteln nicht zurückweichen.

Ist er heute für die Demütigung Preußens in Osmäh, um einen Einbruch in Preußen zu verhindern, so inszeniert er morgen drei Kriege gegen Oesterreich, Dänemark und Frankreich, um die preussische Führung in Deutschland sicherzustellen. Ist er heute für Suspension der Verfassung und des Parlaments, so tritt er morgen, wenn er das Gewollte erreicht hat, dafür ein, in verfassungsmäßiger Weise zu regieren.

Um die liberale Opposition zu entzweigen, spielt er mit dem sozialen und politischen Programm Lassalles, mit dem er mehrmals lange Unterredungen hat. Das allgemeine Wahlrecht, das Lassalle zur Mobilisierung der Arbeiter dienen soll, betrachtet Bismarck als ein Mittel, um die liberale Opposition zu vernichten.

Er veranlaßt den Empfang einer schlesischen Weberdeputation durch den König. Dabei äußert er zu den Webern das frivole Junkerwort: „Nächsten Sonntag gibt's noch keinen Gänsebraten!“

Bismarck versucht, Bucher, Brah, Liebknecht und sogar Marx einzufangen. Bei Bucher und Brah gelingt es, Bucher, der Lassalle noch vor dem Teufelsmehel mit Bismarck warnte, wird zum vertrautesten Helfer Bismarcks. Er feuert unter den Demütigungen, die er über sich ergehen lassen muß. Bei der Komödie der Kaiserproklamation in Versailles, in der der frühere Kommunist und nunmehrige Polizeichef Stieber das deutsche Volk „repräsentierte“, wie dieser Wicht witzig schrieb, reichte ihm der König nicht einmal die Hand, weil er ihm den Spatz verdorben hatte, Kaiser von Deutschland statt Deutscher Kaiser zu werden, wie es nach Lage der Dinge bei Aufrichterhaltung der übrigen Dynastien nicht anders ging.

Auf seine alten Tage noch überfällt ihn die Junkertollheit und er beginnt den Krieg gegen die „Reichsfeinde“, die Ultramontanen und die Sozialdemokraten. Er zieht sich die ersten Niederlagen zu, die dazu führen, daß er beim Regierungsantritt Wilhelms II. wie ein Hausnecht davongejagt wird, der wie ein Verräter seine Papiere bei Nacht und Nebel in Sicherheit bringen muß.

Als Greis wird Bismarck zum Propheten. Vorher schon hatte er die Gefahren eines deutschen Sieges über Frankreich scharf erkannt. Jetzt sieht er die Republik mit der Parliamentsherrschaft kommen. Er sieht, daß ohne staatssozialistische Maßnahmen die soziale Revolution unausweichlich ist. Die Wippen des Weltkrieges steigt vor ihm auf: es handelt sich nicht mehr um einen Kabinettskrieg, sondern um einen Krieg, der sich im Grunde genommen, zwischen der hergebrachten Ordnung und der roten Fahne abspiele, und 7 Jahre dauern könne. Die Artillerie sei entscheidend und die Arbeiter würden als die eigentlichen Steger über kurz oder lang aus solchen Konflikten hervorgehen.

Bismarck erhebt in der Stille des Sachsenwaldes seine warnende Stimme. Niemand hört ihn. Der einzige Staatsmann des alten Regimes, der den Zusammenbruch noch aufhalten könnte, stirbt, während das tolle Treiben des Wilhelminismus weitergeht, bis es im Weltkrieg und im Zusammenbruch 1918 ad absurdum geführt wird.

Von Bismarck hat die Republik das eine Dauernde übernommen: die Einheit des Reiches, die durch den Anschluß von Deutsch-Oesterreich und die Beseitigung der inneren Partikularismen noch zu vollenden ist. Die Arbeiterklasse, die allein imstande ist, die deutsche Frage im Zusammenhang mit der sozialen Revolution zu lösen, vermag auch den revolutionären Kern der Bismarckschen Politik zu erkennen. Der sich hinter einer reaktionären Hülle versteckt und erbt befreit werden kann, wenn Junker und Bourgeois die Führung der Nation verloren haben.

Die Landbändler fordern höhere Sölle. Der deutschnationale Ernährungminister als Miffreiter.

Am Mittwoch fand in Berlin in der alten Automobilhalle die übliche alljährlich wiederkehrende Kundgebung des Reichslandbundes statt. Soweit die Großgärtner nicht die nötige Stimmung von den „Treffs der Herren Landwirte“ mitbrachten, sorgten die Wiedergabe alter Armeemärsche und der etwas turbulante Einzug uniformierter Landvolkjugend mit einem Wald von Hakenkreuzfahnen dafür. Das übrige veranstalteten die Redner: der Präsident des Reichslandbundes Graf v. Kalkreuth, der deutschvolksparteiliche Reichstagsabgeordnete Hepp, die brandenburgischen Landbündlerführer Nikolaus und Giese und der Landtagsabgeordnete Ganges. Ihre Ausführungen gaben zu der Feststellung Anlaß, daß seit den Tagen der kommunistischen Treibereien im Jahre 1919 und 1920 sich wohl kaum eine Agitation hemmungsloser ausgewirkt hat als die des Reichslandbundes. In dieser Atmosphäre empfanden dann der neue Ernährungsminister Schiele, der die Größe des Reichspräsidenten überbrachte.

Die Agitation des Reichslandbundes hat den Vorteil, robust-ehrlich zu sein. Es fehlte am Mittwoch nicht an Attacken gegen den Parlamentarismus und den Reichstag; man verlangte eine Wastärkung des Reichspräsidenten, daneben eine Diktatur des Finanzministeriums durch Verleihung eines Einspruchs- und Vetorechts, Beschränkung der Parlamente usw. und forderte dann das beruhsständische Parlament.

Damit die Deffektivität weiß, woran sie ist, unterstrich Graf Kalkreuth die Forderungen des Reichslandbundes nach erhöhten Sölle, ausgerechnet in einer Zeit, wo die Roggenknappheit in Deutschland anfängt, bedenklich zu werden. Ueberhaupt stand der Schutz im Mittelpunkt der ganzen Darlegungen. Erhöhte Sölle auf Getreide, Sölle auf Futtermittel, Sölle auf Karloffeln, Fleisch, Milch, Butter und Fett, Sölle auf Weine, Sölle auf Gemüse und die der Reichslandbund fordert, dessen letztes Ziel ist, in den kommenden Handelsvertragsverhandlungen die Grundzüge des endgültigen deutschen Zolltarifs zum Vorteil des Großgärtneriums und zum Nachteil der gesamten deutschen Wirtschaft festzulegen. Dazwischen wurden die üblichen immer wiederkehrenden Klagen über die „hohen Sölle“, die „stark gestiegenen sozialen Lasten“ und die „schwerdrückenden Steuerlasten“ eingelassen. Der deutschnationale Ernährungminister Dr. Schiele hielt es für notwendig, besonders zu betonen, daß er nicht als Reichsminister und Beauftragter des Reichspräsidenten an der Tagung teilnehme. Er stellte sich als langjähriger Freund und Mitarbeiter des Reichslandbundes vor und hob ausdrücklich hervor, daß er sich nach wie vor aufs engste mit den Landbändlern verbunden fühle. Dementsprechend war seine Rede auf den gleichen Ton gestimmt wie die Kalkreuths und die Landbändler spendeten dem Landbündlerführer stürmischen Beifall.

Danach kann man sich leicht vorstellen, was die Massen des schaffenden Volkes von der Reichsregierung auf diesem Gebiete zu erwarten hat. Deren Politik wird ganz im Sinne der Großgärtner

Emil Ludwig.

Der Verfasser der Bücher über Bismarck und Wilhelm II.



geführt werden. Die breiten Massen der Verbraucher aber werden ebenso wie die Kleinbauern die Leidtragenden bei dieser Agrar- und Zollwucherpolitik sein. Ihre Aufgabe muß es sein, sich mit aller Macht gegen die Offensiv der Zollwucherer zur Wehr zu setzen.

Ablehnung des mecklenburgischen Nachtragsesatzs.

Schwerin, 2. Februar.

Im Hauptausschuß des mecklenburgischen Landtags wurde am Mittwoch der Nachtragsplan für 1928/27 mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Dagegen stimmten sämtliche Rechtsparteien einschließlich der Wirtschaftspartei; die Kommunisten enthielten sich der Stimme. Die Regierung gab darauf folgende Erklärung ab:

„Durch die Ablehnung des Nachtragsplans im Hauptausschuß ist die Möglichkeit gegeben, daß der Plan auch im Plenum des Landtags der Ablehnung verfällt. Hierdurch ergibt sich für das Staatsministerium die verfassungsrechtlich außerordentlich bedenkliche Situation, wenn Kostanlassmaßnahmen nicht stillgelegt und das Arbeitsbeschaffungsprogramm nicht beeinträchtigt werden sollen, weiter Ausgaben leisten zu müssen, die ihre verfassungsmäßige Deckung möglicherweise nicht finden werden. Aus diesem Grunde muß bis auf weiteres davon abgesehen werden: 1. Die sozialen Hilfsmaßnahmen fortzusetzen und die restliche halbe Million für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen; 2. die begonnenen Bauten, die nach diesem Plan schon im Angriff genommen sind, fortzusetzen; 3. die beschlossene Bewirtschaftung der Gemeinden bei deren Anteil an der Steuerleistung im Betrage von einer Million vorzunehmen. Schließlich bleibt zu prüfen, ob bei Ablehnung der dazu erforderlichen Mittel die Steuererleichterung durchgeführt werden kann.“

Das Plenum des Landtags wird sich am Freitag mit der Angelegenheit befassen. Es bleibt abzuwarten, ob die Kommunisten am Freitag die Verantwortung für die sofortige Stilllegung sämtlicher Kostanlassarbeiten und die Einstellung aller sozialen Hilfsmaßnahmen auch bei der Abstimmung im Plenum übernehmen wollen.

Ein neuer Streich der Thüringer Ordnungsregierung.

Aus Weimar wird dem Soj. Pressedienst berichtet: Einen Standaß ohnegleichen hat sich die noch am Ruder befindliche Ordnungsgeregierung trotz oder gerade wegen des Wahlausfalls am Sonntag gestattet. Sie hat unter glatter Verleugung der Verfassung ein Notgesetz, das bereits im Jahre 1923 über die Benutzung der Gewässer in Thüringen erlassen worden war, das sie trotz entgegenstehender Bestimmungen der Verfassung dem Landtage drei Jahre hindurch nicht zur Genehmigung vorgelegt hatte, eigenhändig abgeändert.

Die Verfassung gestattet der Landesregierung in dringenden Fällen, wenn der Landtag nicht versammelt ist, ein Gesetz als Notgesetz zu erlassen. Das Notgesetz darf aber der Verfassung nicht zuwiderlaufen. Es ist dem Landtag bei seinem Zusammentritt sofort zur Befestigung vorzulegen und, falls diese versagt wird, unverzüglich wieder aufzuheben. Die Ordnungsregierung hat sich drei Jahre hindurch, wie man jetzt sieht, vergeblich bemüht, mit Hilfe ihrer Parteien etwas Besseres an die Stelle des seinerzeit von der sozialdemokratischen Regierung als Notgesetz herausgebrachten großen Wertes zu setzen. Wie der Wahlausfall am Sonntag auf die jetzige Regierung gewirkt hat, erweist man aus der Tatsache, daß sie den sie bedrängenden Interessen durch ihr verfassungswidriges Notgesetz noch eine Liebesgabe gewährte, indem sie jedes Entgelt für die Wasserbenutzung, das nach dem bisherigen Recht der Staat von den Wasserzahnhabern verlangen konnte, glattweg gestrichen hat.

Der Vorfall erregt in parlamentarischen Kreisen sehr starkes Aufsehen. Noch vor der Regierungsabfindung wird er den Landtag von Thüringen beschäftigen müssen.

Die Demokraten und Spazier werden sich nach einer Mesung aus Weimar im neuen Landtag zu einer Fraktion vereinigen, von der die Mehrheitsbildung des neuen Parlaments abhängen wird.

Noch keine Auslieferung Reims.

Berlin, 2. Februar.

Die von einem Berliner Blatt verbreitete Nachricht, daß im Zusammenhang mit dem Femeinordersfahren Legner die Auslieferung des in Italien verhafteten angeblichen Leutnants Reim an die deutschen Behörden bereits erfolgt sei, trifft, wie uns der Verteidiger Reims, Rechtsanwalt Dr. Sak, mitteilt, nicht zu. Reim befindet sich noch immer im Gerichtsgefängnis zu Genua, da sowohl Oesterreich wie die Schweiz seine Durchreise verweigern, die ihn als politischen Verbrecher betrachten. Ob und wann unter diesen Umständen seine Auslieferung erfolgen kann, läßt sich noch nicht übersehen.